

WIE (UN)POLITISCH IST DER SPORT?

IMPULSREFERAT

VON DR. MATTHIAS BREUCKER



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde des Stuttgarter Sportgesprächs,

wie (un)politisch ist der Sport?

Eine Antwort gab der Deutsche Fußball-Bund (DFB) vor wenigen Wochen: Er trug den Beschluss des Weltfußballverbandes mit, die Weltmeisterschaft der Männer im Jahr 2030 an sechs Länder in den drei Kontinenten Afrika, Südamerika und Europa zu vergeben – für die Stuttgarter Zeitung der „grenzenlose Fußball-Irrsinn“.

Begründet wurde die Zustimmung des DFB mit „sportpolitischer Raison“: Trotz erheblicher inhaltlicher Vorbehalte habe der DFB zugestimmt, um die mögliche Vergabe der Weltmeisterschaft 2027 im Frauenfußball an Deutschland nicht zu gefährden.

I.

SPORTPOLITIK UND STAATLICHE POLITIK

Diese taktische Zustimmung zeigt, wie im Sport „Politik gemacht“ wird: Der DFB stimmte nicht aus Überzeugung zu, sondern orientierte sich daran, welches Abstimmungsverhalten seinem ureigenen Interesse an der Förderung des deutschen Fußballs durch eine WM im eigenen Land dient.

Es gibt nur wenige Bereiche, in denen diese Politik des „do ut des“ so selbstverständlich praktiziert und offen kommuniziert wird, wie bei der Vergabe von Großveranstaltungen im Sport. Der DFB hat sich entschieden, diese „Politik“ mitzumachen. Unabhängig davon, ob man dieses Vorgehen gutheißt, bewegte sich der DFB dabei im Rahmen seiner Zuständigkeit für den deutschen Fußballsport und betrieb Sportpolitik in Form der international gängigen Methode „Geben und Nehmen“, um sein Ziel zu erreichen.

WIE (UN)POLITISCH IST DER SPORT?

IMPULSREFERAT

VON DR. MATTHIAS BREUCKER

Davon ist die „Politik“ zu unterscheiden, unter der man die Gesamtheit aller Maßnahmen und Entscheidungen zur Führung eines Gemeinwesens versteht, insbesondere eines Staates.

Wie gestaltet sich das Verhältnis des Sports zu dieser staatlichen Politik? Bildet der Sport einen von der staatlichen Politik getrennten, autonomen Bereich? Ist der Sport passives Objekt staatlicher Politik? Oder ist er als gesellschaftliches Subsystem selbst unweigerlich aktiver Teil der staatlichen Politik?

II.

SPORT ALS REFUGIUM DES UNPOLITISCHEN

In der Vergangenheit wurde häufig das Bild des unpolitischen Sports gezeichnet: Der Sport solle und könne einen von staatlicher Politik freien, autonomen Bereich bilden – ein Refugium, in dem noch eine „heile Welt“ herrsche. Der Sport versucht bis heute, diesem Anspruch durch das Gebot politischer Neutralität gerecht zu werden. Nicht immer mit Erfolg, wie aufsehenerregende Verstöße gegen das Neutralitätsgebot zeigen:

Unvergessen sind die beiden 200-Meter-Medaillengewinner *Tommy Smith* und *John Carlos*, die bei der Siegerehrung der Olympischen Spiele in Mexiko 1968 mit gereckter Faust im ausverkauften Stadion vor laufenden Kameras auf dem Podium gegen rassistische Diskriminierung in den USA demonstrierten. Sie wurden daraufhin aus dem Olympischen Dorf verbannt und mussten das US-Olympiateam verlassen.

Im Jahr 2016 demonstrierte der American-Football-Spieler *Colin Kaepernick* wie die beiden olympischen Sprinter 1968 auf der Bühne des Sports gegen rassistische Diskriminierung in den USA. Er weigerte sich als Quarterback der San Francisco 49ers vor dem letzten Saisonspiel im ausverkauften Stadion, während der Nationalhymne der USA aufzustehen. Anders als die beiden olympischen Athleten wurde er nicht offiziell gesperrt, musste aber damit leben, dass ihn keines der 32 Teams der National Football League mehr unter Vertrag nehmen wollte. Seine symbolische Geste – das gesenkte Knie – erfuhr im Lauf der Jahre öffentlichkeitswirksame Nachahmung und Verbreitung.

Als nach dem gewaltsamen Tod von *George Floyd* in den USA der französische Fußballprofi *Marcus Thuram* nach einem Torerfolg für Borussia Mönchengladbach mit gesenktem Knie gegen Rassismus protestierte, wurde er ebenso wenig sanktioniert wie weitere Fußballprofis, die seinem Beispiel folgten, nicht zuletzt 2021 bei der Fußball-Europameisterschaft.

Dass die Konsequenzen bei Verstößen gegen das Gebot

politischer Neutralität im nicht-olympischen Sport offenbar hinter denen des olympischen Sports zurückbleiben, kann historisch begründet sein:

III.

„OLYMPISCHER FRIEDEN“

Die antiken Spiele fanden über tausend Jahre lang – bis zum Jahr 393 n. Chr. – in Olympia statt. Zur Gewährleistung des sicheren Ablaufs der Olympischen Spiele hatten die Könige dreier griechischer Stämme nach historischer Überlieferung im Jahr 884 v. Chr. ein Waffenstillstands-Abkommen mit Namen „Ekecheiria“ geschlossen, was damals wegen ständiger kriegerischer Auseinandersetzungen in Hellas erhebliche Bedeutung hatte.

Es sah vor, dass drei Monate vor den Spielen bis zur Vollendung der Heimreise in der Region Elis rund um den Austragungsort Olympia keine Waffen getragen werden durften. So sollten die sichere An- und Abreise aller Athleten, Künstler, Familien und Zuschauer gesichert werden, und damit die Durchführung der Spiele selbst. Das Abkommen diente demnach „nur“ den Spielen und hatte nicht den Anspruch, darüber hinaus oder gar weltweit Frieden zu stiften.

Als Baron Pierre de Coubertin Ende des 19. Jahrhunderts der olympischen Idee neues, modernes Leben einhauchte, erweiterte er die antike Idee des Waffenstillstands: Von der Olympischen Idee und den Olympischen Spielen sollte ein Signal zur Sicherung des Weltfriedens ausgehen. Coubertin formulierte 1896:

„Sollte die Institution [Olympische Spiele, Anm. d. Verf.] gedeihen..., kann sie ein mächtiger, wenn auch indirekter Faktor zur Sicherung des Weltfriedens sein. Kriege brechen aus, weil sich die Nationen gegenseitig missverstehen. Wir werden keinen Frieden haben, solange die Vorurteile, die die verschiedenen Rassen trennen, nicht überwunden sind. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es kein besseres Mittel, als die Jugend aller Länder in regelmäßigen Abständen zu freundschaftlichen Wettkämpfen über Muskelkraft und Beweglichkeit zusammenzubringen.“

Inzwischen hat das IOC die ursprünglich auf die Vermeidung kriegerischer Auseinandersetzungen bezogene Friedenspflicht zu einem Neutralitätsgebot erweitert, das politische Äußerungen in allen olympischen Bereichen verbietet. Regel 50.3 der Olympischen Charta lautet:

„Jede Demonstration oder politische, religiöse oder rassistische Propaganda ist an den olympischen Stätten, Austragungsorten oder in anderen olympischen Bereichen untersagt.“

WIE (UN)POLITISCH IST DER SPORT?

IMPULSREFERAT

VON DR. MATTHIAS BREUCKER

Aus dem regional begrenzten antiken Waffenstillstandsabkommen „Ekecheiria“ ist also ein allgemeines politisches Neutralitätsgebot nicht nur am Austragungsort der Olympischen Spiele, sondern in allen olympischen Bereichen geworden. Seit 1998 fordert die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Abstimmung mit dem IOC und den olympischen Gastgebern in Resolutionen regelmäßig alle UNO-Mitgliedstaaten auf, während der Olympischen und der folgenden Paralympischen Spiele weltweit die Waffen ruhen zu lassen.

Weder ihre tiefe historische Verankerung noch ihre Weiterentwicklung in der Moderne konnten allerdings verhindern, dass die olympischen Friedens- und Neutralitätsregeln immer wieder verletzt wurden, sei es durch Propaganda 1936 in Berlin, das Attentat 1972 in München oder den russischen Kriegsbeginn in der Ukraine zwischen den Olympischen und Paralympischen Spielen 2022 in Peking.

Völkerverbindung durch Sportausübung bei gleichzeitiger politischer Neutralität – diese historisch aus dem olympischen Bereich erwachsene Richtlinie des Sports wird in jüngerer Zeit zur Disposition gestellt: Vielfach wird vom Sport verlangt, zu gesellschaftlich relevanten Themen Position zu beziehen und „Haltung“ zu zeigen. Zurecht? Und mit welchen Folgen?

IV.

NEUTRALITÄT ODER HALTUNG?

Politik als Gesamtheit der Maßnahmen zur Führung eines Staates wird nicht um ihrer selbst willen betrieben, sondern muss „das große Ganze“ in den Blick nehmen. Von der Politik in diesem Sinne kann man nicht erwarten, dass sie einzelne Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausklammert, auch nicht Sport oder Kultur, selbst wenn ihnen besondere Freiheiten zugestanden werden.

Dagegen sind die den Sport führenden Organisationen in ihrer Aufgabe und in ihrem Mandat verpflichtet und darauf beschränkt, sich um den Sport zu kümmern. Die Sportverbände sind nicht für „das große Ganze“ verantwortlich.

Diese Trennung zwischen Sport und staatlicher Politik verschimmt: Mediale Berichterstattung und die damit verbundene Aufmerksamkeit haben den Sport aus seinem Refugium der autonomen, „heilen Welt“ herausgezogen und zunehmend in den Fokus der Gesellschaft gerückt.

Aufgrund gestiegenen Wohlstands können sich Menschen mehr denn je dem Sport widmen – sei es aktiv als Athlet oder passiv als Zuschauer. Dramatische sportliche Ereignisse, ihre durch die modernen Medien vervielfachte Wirkung, die Professionalisierung und Kommerzialisierung

sowie das emotionale, menschenverbindende Potential des Sports haben aus der ursprünglichen Nebensache eine aus dem Alltag herausragende Hauptsache gemacht.

Nicht nur für die ins Stadion strömenden Massen, auch für Wirtschaft und Politik entfaltet der Sport inzwischen hohes Mobilisierungspotential: Sie alle können emotional, wirtschaftlich, politisch und öffentlichkeitswirksam vom Sport profitieren. Daraus folgt vielfach die Erwartung, der Sport müsse seiner gestiegenen gesellschaftlichen Bedeutung gerecht werden, indem er sich auch zu staatspolitischen Themen äußert.

Staaten nutzen ihrerseits die Ausstrahlung des Sports für ihre Zwecke und setzen sich bei Sportgroßereignissen in Szene, was die Wortkreation „Sportswashing“ hervorgebracht hat. Medien und Wirtschaft entfalten erhebliches finanzielles Interesse am Sport. Und die teilnehmenden Sportler verstehen sich zunehmend als Unternehmer und „mündige Athleten“, oft ohne Scheu, auch zu politischen Themen Stellung zu nehmen. Das Neutralitätsgebot des Sports und namentlich das Verbot politischer Äußerungen im olympischen Bereich wird vor diesem Hintergrund in Frage gestellt. Die Wechselwirkungen zwischen Sport und Politik haben dramatisch zugenommen und das Spannungsverhältnis zwischen Sport und Politik zugespitzt.

V.

SPANNUNGSVERHÄLTNIS ZWISCHEN SPORT UND POLITIK

Dieses Verhältnis auszutarieren, ist ständige Aufgabe des organisierten Sports und nicht zuletzt unseres heutigen Gastes an der Spitze des IOC. Wie aber kann dies gelingen? Eine Richtschnur könnte man den Worten Coubertins von 1896 entnehmen: Er sah die Rolle des olympischen Sports nicht darin, durch politische Handlungen oder Stellungnahmen Regierungen von Herstellung des Friedens, Überwindung von Rassismus oder anderen Zielen zu überzeugen. Er hatte die Hoffnung, dass der olympische Sport allein durch seine völkerübergreifende Ausübung eine indirekte friedensstiftende Wirkung in der Welt entfalte. Der einzelne Athlet sollte demnach nur durch die Ausübung des Sports mittelbar politisch wirken, nicht aber mit eigenen politischen Botschaften.

So stehen *Coubertins* Ziel der Friedensförderung durch den Sport und die heutige Verpflichtung der Athleten zu politischer Neutralität in Einklang: Der Athlet soll politisch neutral gemeinsam mit Athleten anderer Nationen seinen Sport ausüben – nicht mehr und nicht weniger – und dadurch der Völkerverständigung und dem Frieden dienen.

WIE (UN)POLITISCH IST DER SPORT?

IMPULSREFERAT

VON DR. MATTHIAS BREUCKER



Coubertins Vorgabe politischer Zurückhaltung war weise. Er begegnete dadurch der Gefahr, dass der Sport seine Faszination und besondere Aura verliert, wenn er durch konkrete politische Äußerungen, die oft Widerspruch herausfordern, auf die wenig ersprießliche Ebene kontroverser politischer Alltagsdiskussionen herabsinkt. Dies würde die erhoffte friedensstiftende Wirkung des Sports gefährden.

Aber wird diese Richtlinie *Coubertins* den heute mächtigen Sportorganisationen und modernen Athleten noch gerecht? Athleten, von denen sich die Öffentlichkeit über den Sport hinaus eine Vorbildfunktion erhofft, zu der es gehören soll, „Haltung und Charakter zu zeigen“, also auch unbequeme Meinungen zu vertreten?

Vielleicht liegt die Antwort in der Rückbesinnung auf die originäre Aufgabe des organisierten Sports und seine damit einhergehende Zuständigkeit und Legitimation:

Sportverbände sind für den Sport zuständig. In diesem Bereich achten sie auf der Grundlage sportlicher Prinzipien wie Fairness oder Leistungsgerechtigkeit auf die Einhaltung anerkannter Mindeststandards.

Aufgrund der beschriebenen Intensität der Wechselwirkungen zwischen Sport und Gesellschaft wirken nicht alle, aber einige wichtige Maßnahmen und Entscheidungen, die der Binnenbereich Sport seinen Verbänden abfordert, unweigerlich in die Gesellschaft hinein. Der Sport muss sich der damit verbundenen Verantwortung bewusst sein.

Aufgrund dieser engen Verzahnung originär sportlicher mit gesellschaftspolitischen Themen sind die Versuchung des Sports und die Erwartung an ihn gestiegen, sich auch zu Themen außerhalb des Sportbereichs zu äußern.

Zum Kern des sportlichen Kompetenzbereichs gehört es zum Beispiel, die Starterlaubnis bei Wettkämpfen aufgrund

sportlicher Kriterien zu vergeben oder in Kampfsportarten aufgrund ihrer spezifischen Eigenart Gewichtsklassen zu definieren. Anders als in diesen Beispielen wirken Entscheidungen über die Anwendung von Anti-Doping-Regeln, die Bestimmung der Sportarten, die nach Geschlechtern getrennt betrieben werden oder die Auswahl eines Wettanbieters als Trikotsponsor in die Gesellschaft hinein, obwohl sie zur originären Zuständigkeit der Sportverbände und -vereine gehören.

Wenn dagegen allein sportferne Merkmale wie die Staatsangehörigkeit oder eine bestimmte politische Auffassung Kriterien für die Verweigerung einer Starterlaubnis bilden sollen, verlässt der Sport seinen Bereich und nimmt staatspolitische Wertungen vor.

Für die Anwendung sportferner Kriterien im Sport fehlt es Sportverbänden in der Regel an originärer Legitimation. Der Sport macht seine Entscheidungen angreifbar, wenn er sie mit politischen Argumenten begründet.

Folgt man dieser Linie konsequent, haben Sportler, Sportverbände und -vereine kein Mandat, sich durch Symbole wie die Kapitänsbinde in Regenbogenfarben in allgemeine politische Diskussionen über verschiedene Lebensformen einzubringen, oder wie der Präsident von Eintracht Frankfurt zu erklären, für Mitglieder der AfD sei „kein Platz in unseren Reihen“.

Als Grenzfälle erweisen sich bei Orientierung an dieser Richtlinie die Vergabe von Großveranstaltungen und die Verweigerung der Starterlaubnis für Athleten wegen ihrer Staatsangehörigkeit. Die Gefahr ist bekannt, dass die Austragung eines Großereignisses unter dem Dach eines menschenverachtenden Regimes von diesem für Propagandazwecke missbraucht wird, ebenso wie die Erfolge der Sportler eines solchen Regimes. Es ist eine schwierige Frage, wie weit der Sport für seine missbräuchliche

WIE (UN)POLITISCH IST DER SPORT?

IMPULSREFERAT

VON DR. MATTHIAS BREUCKER

Inanspruchnahme verantwortlich ist.

Die Vermeidung eines naheliegenden Missbrauchs kann noch zum sportspezifischen Verantwortungsbereich zählen. Denn der Sport wird unmittelbar beeinträchtigt, wenn er von einem staatlichen Regime zu Propagandazwecken missbraucht wird. Dagegen gehören die Beurteilung allgemeiner politischer Verhältnisse in einem Gastgeberland oder gar die Verfolgung bestimmter gesellschaftlicher Ziele außerhalb des Sports wohl nicht zu den Aufgaben des organisierten Sports.

Dies gilt vergleichbar auch für den einzelnen Athleten: Selbstverständlich darf dieser wie jedermann seine politische Meinung äußern und kann sich dabei seine aus dem Sport erwachsene Popularität zunutze machen. Aus seiner Eigenschaft als Mitglied eines Sportvereines oder als Teilnehmer eines Wettbewerbs als solcher kann er gleichwohl für sportferne Themen keine Legitimation ableiten.

Wenn der einzelne Athlet oder das Vereinsmitglied seine Teilnahme an einem Wettbewerb oder seine Mitgliedschaft in einem Sportverein für eigene politische Zwecke missbraucht, wäre nach dieser Richtlinie der Sport als solcher betroffen und dürfte sich mit Sanktionen zur Wehr setzen.

VI.

FAZIT

Der Sport kann in der Nachfolge *Coubertins* die Linie verfolgen und weiterentwickeln, mit der Sportausübung als solcher – möglicherweise wirkungsvoller als mit politischen Äußerungen – der Völkerverständigung und dem Frieden zu dienen.

Das Spannungsverhältnis zwischen Sport und Politik ist heute von vielfältigen Wechselwirkungen und schwierigen Abgrenzungsfragen gekennzeichnet. Je weiter sich ein Thema vom Kernbereich des Sports und der Organisation seiner Ausübung entfernt, desto berechtigter ist die Frage, ob sich der Sport mangels Legitimation mit Stellungnahmen zurückhalten sollte.

Könnte dies die Richtlinie des IOC sein? An welchen Kriterien und Grundsätzen orientiert sich das IOC bei den schwierigen Entscheidungen, die im Hinblick auf die Olympischen Spiele 2024 in Paris zu treffen sind?

Wir sind gespannt, wie das IOC das Spannungsverhältnis zwischen Sport und Politik auflöst und freuen uns auf Ihre Antworten, sehr geehrter Herr Dr. Bach, beim Stuttgarter Sportgespräch 2023! ■